

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kai Gehring, Lisa Badum, Annalena Baerbock,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 19/5816 –**

### **Ein Forschungsrahmenprogramm im Kampf gegen die Klimakrise**

#### **A. Problem**

Die Finanzierung der Klima- und Klimafolgenforschung wird der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Forschungsbereichs seit Jahren nicht gerecht. Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau wird in Deutschland zunehmend nicht wegen, sondern trotz der Förderpolitik der Bundesregierung betrieben. Wenn komplexe Gesamtsysteme wie der Golfstrom im Atlantik oder die Permafrostböden in der sibirischen Tundra als Folge der Klimakrise erst einmal „kippen“, ist es für ein menschliches Umsteuern zu spät und eine selbstverstärkende Kettenreaktion der globalen Erhitzung kann in Gang geraten. Obwohl bereits viele mögliche Kipp-Punkte identifiziert sind, besteht weiterhin eine hohe Unsicherheit darüber, ab welcher Temperatur ganze Ökosysteme kippen. Das Wissen über solche Kippelemente muss daher ausgebaut werden.

#### **B. Lösung**

Es braucht ein eigenständiges Rahmenprogramm für die Klima- und Klimafolgenforschung. Die exzellente Forschungsarbeit braucht eine bessere Finanzierung durch öffentliche Drittmittelgeber, Wissenschaftsfreiheit, Wertschätzung und eine effizientere Wissenschaftskommunikation. Zudem bedarf es eines strategischen Ansatzes, um verbliebene Wissenslücken in der Grundlagen- und der anwendungsorientierten Forschung zu schließen. So müssen die globalen Modelle auf die lokalen Bedingungen „heruntergebrochen“ werden, um regionale und lokale Auswirkungen mit größerer Tiefenschärfe prognostizieren zu können (sog. Downscaling). Bestehende Beobachtungssysteme gilt es auszubauen und disziplinübergreifend in Datenbanken zusammenzuführen, um auch biogeochemische oder marine Prozesse besser modellieren zu können. Nicht zuletzt ist Klimaforschung aber auch eine Frage der zivilen Sicherheit, sodass auch in diesem Bereich systematische Untersuchungen erforderlich sind.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/5816.

**D. Kosten**

Bei Umsetzung der im Antrag erhobenen Forderungen entstehen jährliche Kosten in Höhe von bis zu 200 Millionen Euro.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/5816 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Sybille Benning**  
Berichterstatterin

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Mario Brandenburg (Südpfalz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Sybille Benning, René Röspe, Dr. Götz Frömming, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Petra Sitte und Kai Gehring**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/5816** in seiner 75. Sitzung am 18. Januar 2019 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Nach Ansicht der Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN ist Klimaforschung die Grundlage jeder effektiven, nachhaltigen und verantwortungsvollen Klimapolitik. Die Forschungsergebnisse der Klima- und Klimafolgenforschung seien über die Wissenschaft hinaus von größter Bedeutung für Politik und Gesellschaft, da sie sich mit den verbliebenen Möglichkeiten der menschengemachten Erderhitzung beschäftigten und gleichzeitig die Konsequenzen erforschten, falls zu wenig im Sinn des Klimaschutzes getan werde.

Die Finanzierung der Klima- und Klimafolgenforschung werde der gesellschaftlichen Bedeutung dieses Forschungsbereichs seit Jahren nicht gerecht. An den Universitäten, den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Klimaforschungsinstituten in Deutschland werde Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau betrieben. Dies sei allerdings zunehmend nicht wegen, sondern trotz der Förderpolitik der Bundesregierung der Fall. Die exzellente Forschungsarbeit brauche eine bessere Finanzierung durch öffentliche Drittmittelgeber, Wissenschaftsfreiheit, Wertschätzung und eine effizientere Wissenschaftskommunikation.

So müssten die globalen Modelle auf die lokalen Bedingungen „heruntergebrochen“ werden, um regionale und lokale Auswirkungen mit größerer Tiefenschärfe prognostizieren zu können (sog. Downscaling). Bestehende Beobachtungssysteme gelte es auszubauen und disziplinübergreifend in Datenbanken zusammenzuführen, um auch biogeochemische oder marine Prozesse besser modellieren zu können.

Wenn komplexe Gesamtsysteme wie der Golfstrom im Atlantik oder die Permafrostböden in der sibirischen Tundra als Folge der Klimakrise erst einmal „kippen“, sei es für ein menschliches Umsteuern zu spät und eine selbstverstärkende Kettenreaktion der globalen Erhitzung könnte in Gang geraten. Das Wissen über solche Kippelemente müsse daher ausgebaut werden. Obwohl bereits viele mögliche Kipp-Punkte identifiziert seien, bestehe weiterhin eine hohe Unsicherheit darüber, ab welcher Temperatur ganze Ökosysteme kippen und wie die Auswirkungen auf einzelne Lebensbereiche seien.

Erst durch eine stärkere interdisziplinäre Verankerung der Klimafolgenforschung wären fundiertere Aussagen möglich. So wisse man bisher beispielsweise nicht, welche neuen Krankheiten sich in Deutschland und weltweit verbreiten würden, wenn die globale Temperatur steige. Der Landwirtschaft drohe bei regelmäßigen Hitzewellen oder Starkregenfällen eine Dauerkrise.

Zudem sei die Klimaforschung auch eine Frage der zivilen Sicherheit, spiele aber im Rahmenprogramm der Bundesregierung „Forschung für zivile Sicherheit“ keine Rolle. Es sei wichtig zu wissen, wie die kritischen Infrastrukturen für die Bewältigung von neuen Extremereignissen wie Starkregen oder Dürren sicher gemacht werden könnten, um diese Erkenntnisse in Szenarien der Behörden einfließen zu lassen und auf die Folgen der Klimakrise adäquat reagieren zu können.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, ein ressortübergreifendes Rahmenprogramm zur Klima- und Klimafolgenforschung zu beschließen und mit diesem u. a.

- pro Jahr bis zu 100 Millionen Euro zusätzlich für die Klima- und Klimafolgenforschung bereitzustellen;
- Schwerpunkte auf die Klimaforschung im Bereich der Klimamodellierung, regionaler und sektoraler Aspekte der simulierten Klimaänderung sowie auf die Klimafolgenforschung, insbesondere bezüglich regionaler Unterschiede und Interaktionen mit anderen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Wandlungsprozessen, zu setzen;
- insbesondere biologische, chemische, geologische, ozeanographische, meteorologische, geophysikalische und glaziologische Langzeitmessungen zu verstetigen und zu intensivieren;
- die Weiterentwicklung der Mess- und Beobachtungsinfrastruktur und der Datenauswertung auch in neuen, interdisziplinären Modellverbänden auf Dauer sicherzustellen;
- die Allianz für Meeresforschung zügig voranzubringen, um die vorhandene Expertise in der Küsten-, Meeres-, Ozean-, Tiefsee- und Polarforschung zu bündeln und die deutsche Forschungsflotte, seegehende Großgeräte und datentechnische Infrastruktur weiterzuentwickeln und mit einer eigenen Strukturellen Förderung von bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr zu finanzieren;
- interdisziplinäre Ansätze in der Klima- und Klimafolgenforschung zu stärken;
- die Forschung für die zivile Sicherheit stärker mit der Klimaforschung zu verschränken, um die Ergebnisse in die Katastrophenszenarien der zuständigen Behörden einfließen zu lassen;
- sozialpsychologische, verhaltensökonomische und kommunikationswissenschaftliche Forschung zur Klimakrise zu stärken;
- die sozio-ökonomische Transformationsforschung in Sinne der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes zu stärken sowie
- transdisziplinäre Forschungsansätze umfassend zu verankern.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/5816 in seiner 65. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/5816 in seiner 47. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/5816 in seiner 31. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt:

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** trägt vor, dass der Weltklimarat (IPCC) heute einen neuen, sehr dramatischen Bericht zur Eisschmelze präsentiere. Kernergebnisse des neuen Weltklimarat-Reports seien, dass die Gletscher schneller schmelzen, der Meeresspiegel rascher steige und die Ozeane stärker versauern.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont, dass man Wissenschaft und Forschung brauche, um die Klimakrise aufzuhalten und abzumildern. Einerseits gelte dies für die Klimaforschung, da diese wichtige Zusammenhänge hinter der menschgemachten Erdüberhitzung aufdecke und verdeutliche, wie man den Temperaturanstieg noch bremsen könne. Andererseits brauche man Wissenschaft, Forschung und auch Innovationspolitik, um neue ökologische, soziale und technische Innovationen für den Klimaschutz entwickeln zu können. Die Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der festen Überzeugung, dass nur mit einer „Green Economy“ die Quellen des künftigen Wohlstandes gesichert und die natürlichen Lebensgrundlagen geschützt werden könnten. In diesen beiden Bereichen agiere die Bundesregierung jedoch viel zu langsam. Die Bundesministerin nenne Klimaforscherinnen und Klimaforscher seit der letzten Woche „Helden der heutigen Zeit“. Das sei zwar ein schönes Pathos, allerdings benötigten die Klimaforscherinnen und Klimaforscher in Deutschland dann auch beste Forschungsbedingungen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert, dass im aktuellen Haushaltsentwurf der Klimaforschungstitel um fast 50 Millionen Euro abgesenkt werde. Dies passe nicht zu der aktuellen Diskussion um das Klimapakete. Es reiche nicht, schöne Fotos auf Forschungsschiffen zu machen und dann bestehende Programme abzusenken oder nur fortzuschreiben. Es brauche dringend neue Ideen und Instrumente, um die Klimaforschung in Deutschland zu stärken.

Die Bundesregierung habe bei einer großen Pressekonferenz angekündigt, 3 Milliarden Euro für Klimaforschung ausgeben zu wollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe mehrfach bei der Bundesregierung nachgefragt, wie sie diese Ankündigung finanziell hinterlegen und die Mittel konkret aufteilen wolle. Man habe bisher keine adäquate Aufschlüsselung bekommen, wo diese Mittel herkommen sollten und welche Forschungsmittel in Klimaforschung investiert würden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist darauf hin, dass es eine Initiative zu Green IT bereits seit 2008 gebe. Die Bundesregierung kündige zudem grünen Wasserstoff und CO<sub>2</sub>-sparende Technologien in der Grundstoffindustrie an. Aus dem Haushalt gehe jedoch nicht hervor, wieviel Geld dorthin fließen solle. Darüber hinaus macht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf aufmerksam, dass das Vergabeverfahren zur Batteriezellforschung „völlig aus dem Ruder gelaufen“ sei. Man sei darüber besorgt, wie Fördermittel des BMBF generell vergeben würden. Zum Programm „KMU-innovativ“ merkt die Fraktion an, dass dies bereits existiere und somit ein bestehendes Programm umetikettiert werde. Sie beanstandet, dass es im Klimakabinett und in den Eckpunkten des Klimapaketes kein eigenes Kapitel für Forschung und Innovation gebe. Hier zeige sich, dass es ein Fehler gewesen sei, die Bundesforschungsministerin nicht mit ins Klimakabinett aufzunehmen.

Der im letzten Jahr von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachte Antrag, ein Klimaforschungsrahmenprogramm auf den Weg zu bringen, sei weiterhin hoch aktuell. Man wolle ein Herunterbrechen der globalen Modelle auf die lokale und regionale Ebene noch präziser möglich machen, um die lokalen Auswirkungen zu untersuchen und entsprechende Vorkehrungen treffen zu können. Dies sei besonders wichtig für Kommunen, Landwirte und zivile Katastrophenschützer.

Wichtig sei auch, die verschiedenen Kippunkte noch genauer zu eruieren, um dann entsprechend reagieren zu können. Man begrüße es sehr, dass eine Forderung des Antrags, nämlich die Allianz für Meeresforschung, inzwischen aufgegriffen worden sei. Dies finde die volle Unterstützung und könnte perspektivisch mit weiteren Mitteln finanziert werden.

Ein zweiter wichtiger Bereich, der im Antrag enthalten sei, seien die Auswirkungen auf verschiedene Lebensbereiche, wie die zivile Sicherheit, die Landwirtschaft, die Gesundheit, den Städtebau und Tourismus. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont zudem, wie wichtig es sei, zu beziffern, was ein Nichthandeln beim Klimaschutz kosten könne, um Innovationen für den Klimaschutz entsprechend hochsetzen zu können.

Abschließend erläutert die Fraktion, dass man viel zu den Ursachen der Klimakrise wisse, jedoch wenig darüber, warum es eine gewisse Verhaltenssperre, auch bei den politischen Entscheidungsträgern, gebe. Hier wäre sozialwissenschaftliche Begleitforschung sehr hilfreich.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass auch sie abgestimmtes Regierungshandeln und gut durchdachte Rahmenprogramme befürworte. Für den soeben angesprochenen Bereich gebe es bereits Forschungsprogramme, wie z. B. das weltweit Beachtung findende Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) und auch die MOSAiC-Expedition. FONA sei ein bereits seit 2005 erfolgreiches und immer wieder neu aufgelegtes Rahmenprogramm. 2020 werde es in die vierte Auflage gehen. Seit 2005 seien 5 Milliarden Euro in FONA investiert worden. Dies sei wirklich gut angelegtes Geld. FONA habe zum Ziel, Wissen zu schaffen, um der Politik Empfehlungen zu geben, damit Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen erhalten werden könnten. Forschung für Nachhaltigkeit könne ohne Klima- und Klimafolgenforschung nicht sinnvoll gedacht werden. Diese müssten miteinander verzahnt werden. FONA leiste dies. Die Fraktion der CDU/CSU sehe daher keinen Grund,

für Klimaforschung ein eigenes Rahmenprogramm aufzuerlegen. Die Forderungen im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien obsolet, da sie bereits umgesetzt würden.

Als Beispiel hierfür nennt die CDU/CSU-Fraktion die Forderung im Antrag, einen Schwerpunkt der Forschung auf die Klimamodellierung zu legen. Die CDU/CSU-Fraktion verweist darauf, dass die MOSAiC-Expedition die größte Arktisexpedition aller Zeiten sei und genau die Daten sammle, die man zu diesem Zweck benötige. Außerdem fördere das BMBF nicht nur das Sammeln der Daten, sondern in Folgeprojekten auch deren Auswertung. Hierzu laufe zurzeit das Antragsverfahren. Die Expedition koste 140 Millionen Euro, wovon Deutschland mehr als die Hälfte trage. Dies zeige, dass es hier eindeutig einen Forschungsschwerpunkt gebe.

Als weiteres Beispiel führt die CDU/CSU-Fraktion die Behauptung im Antrag auf, dass im Rahmenprogramm „Forschung für zivile Sicherheit“ Forschung zum Klimawandel keine Rolle spiele. Dies stimme so nicht. Aktuell gebe es dort elf Verbundprojekte, die sich mit Lösungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes befassen. Zudem gebe es bei FONA in der Leitinitiative Zukunftsstadt einen Schwerpunkt zu Klimaresilienz durch Handeln in Stadt und Region, welcher Anpassungen an den Klimawandel und seine Folgen für die Kommunen entwickle. Dabei gehe es um den Schutz vor Extremwetterereignissen. Vorgesehen seien hierfür 52 Millionen Euro.

Die Fraktion der CDU/CSU stellt dar, dass der Antrag fordere, eine Vielzahl von Forschungsthemen und Bereichen zu fördern, was bereits in FONA stattfinde, wie z. B. „Forschung, die Erkenntnisse der Klimaforschung in Politik und Gesellschaft vermittelt“ sowie „Erkenntnisgewinnung aus der Gesellschaft für die Klimaforschung“. Dies sei genau das, was in FONA praktiziert werde. Die Fraktion der CDU/CSU nennt den Schwerpunkt Sozialökologische Forschung (SOEF) von FONA. In der SOEF gehe es darum, gesellschaftliche Veränderungsprozesse unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu untersuchen und Lösungen aufzuzeigen. Das BMBF habe zwölf bereits abgeschlossene Projekte gefördert, die sich mit der sozialen Dimension von Klimaschutz und Klimawandel befassen hätten. Die Forderung, dass transdisziplinär geforscht werde und die Forschungsagenda im Codesign zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung erarbeitet werde, sei mit Weiterentwicklung der SOEF, die schon 1999 gestartet sei, als partizipativer Agendaprozess aufgegriffen worden. Dieser Ansatz sei in FONA insgesamt kennzeichnend. Die Themen der Leitinitiativen, die es seit FONA 3 gebe, seien im Dialog mit Akteuren aus Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft entwickelt worden. Auch gebe es jedes Jahr das FONA-Forum, wo Forschungsthemen diskutiert würden. Die CDU/CSU-Fraktion erklärt abschließend, dass sie neue Ideen für FONA begrüßt hätte. Da die im Antrag gestellten Forderungen aber bereits in FONA enthalten seien, werde sie den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** kritisiert, der Antrag der Grünen reihe sich in eine endlose Folge von parlamentarischen Initiativen ein, die nur dem Ziel diene, durch politische Panikmache den Druck auf die Gesellschaft zu erhöhen, dem Kampf gegen die Klimakrise oberste Priorität einzuräumen. Es ginge darum, Stimmung gegen unsere gesellschaftstragende soziale Marktwirtschaft aufzubauen. Darum nutzten die Grünen Greta Thunbergs Aufruf auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „... ich will, dass ihr Panik spürt ...“. Von einer Panikmache solle man sich nicht leiten lassen, denn die Geschichte zeige, dass Panikmache ein schlechter Berater sei. So nutzten die Grünen mittlerweile das Wort „Erdüberhitzung“, welches dramatischer klinge als „Erderwärmung“. Die Fraktion der AfD zitiert aus dem Artikel „Politik und Apokalypse“ in der FAZ vom 16. September 2019 von Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg: „...gerade in der Krise müsse sich Handlungsentschlossenheit auf ein Maximum an Klarheit der Diagnose und ein Maximum an ruhiger Überlegung bei der Suche nach der richtigen Antwort gründen.“ Zu Recht würden in dem Artikel die Sündenfälle hektischer und unüberlegter Politik aufgeführt: der Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der vollständige Ausstieg aus der Kohle. Beiden Fällen sei eine Diskriminierungsdebatte der Grünen vorausgegangen. Gegen die Kernenergie führten die Grünen neben der Sicherheit vor allem das Argument der problematischen Endlagerung von radioaktiven Abfällen an, das bis heute durch die Moratorien zur Endlagerforschung politische Strahlkraft behalten habe. Eine Diskussion über die mittlerweile existierenden Techniken zur Lösung der Probleme verweigerten sie. Als weiteres Beispiel führt die AfD-Fraktion die Blockierung der Forschung über die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid zum Ziel CO<sub>2</sub>-freier Kohlekraftwerke auf. So seien beide Forschungen im Geo-Forschungszentrum Potsdam durch gezielte politische Eingriffe boykottiert worden. In beiden Fällen sei eine ergebnisoffene Forschung verhindert worden.

Andererseits schreibe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem Antrag, exzellente Forschungsarbeit brauche Wissenschaftsfreiheit. Das sei zwar richtig, jedoch stehe die AfD-Fraktion dem geforderten Rahmenprogramm zur Klimafolgenforschung kritisch gegenüber, da die Grünen selbst bestätigten, dass die Klimaforschung bereits gut aufgestellt sei. In dem Antrag heiße es, an den Universitäten, den Hochschulen für angewandte Wissenschaft, den außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie den Klimaforschungsinstituten in Deutschland werde Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau betrieben. Dies bedeute, dass man kein Rahmenprogramm benötige. Vielmehr brauche man eine gute und verlässliche Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen, verbunden mit wirklicher Wissenschaftsfreiheit. Die AfD-Fraktion vertrete die Auffassung, Deutschland sei in der Klimaforschung breit und gut aufgestellt. Die Wissenschaft sollte sich selbst die richtigen Fragen stellen, um Lösungen für dringende gesellschaftliche Fragen wie das Wachsen der Weltbevölkerung, die Nahrungsmittelerzeugung verbunden mit der stndigen Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen, die Wüstenbildung, die Zerstörung der tropischen Regenwälder, die Bekämpfung von Ursachen von Kriegen, die Einführung einer Kreislaufwirtschaft in allen Wirtschaftsbereichen, die Energiesicherheit, die Sicherung von Süßwasser, die Sicherung sensibler Infrastrukturen und die Bewältigung des Verkehrs in Großstädten usw. zu finden.

Der monokausalen Betrachtung von CO<sub>2</sub> als Klimakiller trete man entschieden entgegen. Insofern lehne die AfD den kopopulistischen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Die **Fraktion der SPD** stellt klar, das von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisierte Sinken der Mittel für Klimaforschung im Bereich der Investitionen um 30 Millionen Euro liege lediglich daran, dass die Forschungsschiffe noch nicht gebaut seien. Im Bereich der Klimaforschung sei insgesamt keine Kürzung, sondern vielmehr ein Aufwuchs festzustellen.

In der Einleitung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehe, dass die exzellente Forschungsarbeit eine bessere Finanzierung durch öffentliche Drittmittelgeber brauche. Dies habe der AfD-Fraktion die Gelegenheit gegeben, die Punkte Wissenschaftsfreiheit, Wertschätzungen und effizientere Wissenschaftskommunikation aufzugreifen. Auch wenn man über die Wissenschaftskommunikation und die Effizienz durchaus streiten könne, sei es keine Rechtfertigung für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Wissenschaftsfreiheit und Wertschätzung grundsätzlich in Frage zu stellen. Dies gebe Wasser auf die Mühlen derer, die das System nicht verstanden hätten und Populismus betreiben würden. Die SPD-Fraktion weise das ausdrücklich zurück und sei davon überzeugt, dass die Wissenschaftsfreiheit auch auf diesem Gebiet in Deutschland gewährleistet sei.

Die Begründung für ein eigenständiges Klimaforschungsrahmenprogramm im Antrag sei sehr schwach. Ein Rahmenprogramm sei geeignet, um ein Thema ins Leben zu rufen und wachsen zu lassen. Eine Notwendigkeit, ein Rahmenprogramm über eine Vielzahl funktionierender und exzellent laufender Klimaforschungsprogramme zu etablieren, halte man für überzogen und nicht zielführend, da die Klimaforschung in Deutschland an den unterschiedlichen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen hervorragend aufgestellt sei. Daher sei ein Klimaforschungsprogramm nicht nötig. Seit vielen Jahren gebe es das deutsche Klimakonsortium, das aus Eigeninitiative heraus einen funktionierenden Verbund darstelle.

Die Forderung nach zwei mal 300 Millionen Euro, zumindest jährlich 100 Millionen Euro zusätzlich für Klimaforschung, sei sicherlich das Recht der Opposition, die SPD-Fraktion halte dies jedoch nicht für finanzierbar und auch nicht für sinnvoll.

Für den Bereich der Modellierung und Klimafolgenforschung wird auf das Climate Service Center Germany (GERICS) als zentrale Stelle für alle Fragen des Klimawandels und der Anpassungsmaßnahmen verwiesen. Weiterhin existierten seit Jahren Langzeitmessungen von Helgoland bis zur Zugspitze. Auch die Allianz für Meeresforschung sei auf den Weg gebracht worden. Für die Sicherung der Infrastrukturen existiere bereits das Center for Disaster Management and Risk Reduction Technology (CEDIM) am KIT. Dies laufe hervorragend und daher benötige man kein Klimaforschungsprogramm.

Es sei sinnvoll, sich drber zu informieren, was die unterschiedlichen Organisationen forschten, die Politik sollte sich aber aus dem einen oder anderen Forschungsspezifikum heraushalten.



Abschließend weist die SPD-Fraktion darauf hin, dass die Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach einer Dekarbonisierung der verschiedenen Lebens- und Wirtschaftsbereiche falsch sei. Es sei nicht möglich, das Leben zu dekarbonisieren, man könne es bestenfalls defossilisieren und zwar hauptsächlich im Energiebereich. Auch zukünftige, durch erneuerbare Energie hergestellte synthetische Energieträger würden, mit Ausnahme von Wasserstoff, Karbonkraftstoffe sein.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt, dass sich der Ausschuss mit dem Thema Klima beschäftige. Anders als die AfD es behauptete, habe der Antrag nichts mit einer „Abschaffung der sozialen Marktwirtschaft“ zu tun. Dies wäre auch nicht im Interesse der FDP-Fraktion. Vielmehr gehe es hier um soziale Marktwirtschaft und Innovation. Die Behauptung der AfD sei Hysterie.

Zum Antrag selbst sei festzustellen, dass es absolut legitim sei, über so ein Forschungsprogramm nachzudenken. Es gebe durchaus einige gute Punkte in dem Antrag, denen die FDP-Fraktion auch folgen könne. Auf der anderen Seite sei aber zu bedenken, dass die deutsche Klimaforschung Weltruf genieße und exzellent sei. Wenn man sich die Titelgruppe 40 im Haushalt ansehe, stelle man fest, dass bereits jetzt über eine Milliarde Euro im Haushalt verstetigt seien. Das sei mehr, als in Zukunftstechnologien wie zum Beispiel künstliche Intelligenz investiert werde. Insofern sei die Klimaforschung nicht chronisch unterfinanziert.

Wenn der Antrag der Beginn für ein Klimarahmenforschungsprogramm sein solle, sei er teilweise etwas dünn und stelle eher eine Auflistung von verschiedenen Dingen dar, die man gerne hätte. Die FDP-Fraktion sehe keine wirkliche strategische Zielsetzung oder eben auch irgendwelche Kenngrößen, die man hiermit erreichen wolle. Insofern biete der Antrag keine Verbesserung zu dem, was aktuell schon geleistet werde. Hinsichtlich des MO-SAIC-Experiments führt die FDP-Fraktion aus, dass einige Ausschussmitglieder beim Missionsstart dabei gewesen seien. Wenn man mit den Forschern gesprochen habe, sei deutlich geworden, dass diese sich nicht unterfinanziert oder nicht wertgeschätzt fühlten. Daher könne man die Ansicht nicht teilen, dass diese Mission unterfinanziert sei.

Generell fehlten in dem Antrag Ansätze, wie man mit den vielleicht schon geschaffenen Fakten umgehen solle. Insofern hätte man sich in dem Antrag auch ein klares Bekenntnis dazu gewünscht, dass man technologieoffen damit umgehe und zum Beispiel Geo- oder Climate Engineering als Möglichkeit anspreche. Das umfasse Chancen von der Gentechnologie in der Landwirtschaft bis hin zur Kernfusion. Alles das müsse man diskutieren, ob man es möchte oder nicht. Diese Seite sei jedoch nicht beachtet worden, was ein Problem für die FDP-Fraktion darstelle. Auch sei der Antrag, der aus dem Jahr 2018 stamme, etwas veraltet. Viele Dinge im Klimaschutzpaket seien nicht berücksichtigt. Daher sei der Antrag zwar nicht verwerfenswert, doch könne die Fraktion diesem insgesamt nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt zunächst fest, dass es insgesamt richtig sei, ein Rahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung mit zusätzlichen Mitteln aufzulegen. Dabei gehe es nicht allein darum, was die Wissenschaft eventuell tatsächlich ausgeben könne bzw. welche Forderung diese erhebe. Es gebe auch eine kritische Reflexion außerhalb der Wissenschaft, beispielsweise durch NGOs, die einen anderen Blickwinkel auf manche Frage hätten und die beispielsweise die Forderung aufgestellt hätten, Mittel für Translationsforschung, für die Diskussion von wachstumstheoretische Fragen oder die Diskussion bzw. Konzeption von sozialen Konsequenzen bereit zu stellen, um da Programmlinien zu öffnen. Man wisse, dass sich die europäischen Gesellschaften in den nächsten Jahren – sofern sich die Klimafolgen so massiv einstellten, wie jetzt leider prognostiziert – auf Flüchtlingsströme einstellen müssten. Die Frage sei, wie Gesellschaften damit umgehen könnten, damit das Problem human gelöst werden könne bzw. die Menschen neue Perspektiven finden könnten. Dies sei mittelfristig, aber nicht nur proaktiv, sondern auch perspektivisch zu leisten. Daher sei ein solches Rahmenprogramm notwendig. Obwohl die sozialen Konsequenzen im Antrag eine nachgeordnete Rolle spielten, werde die Fraktion DIE LINKE den Antrag nicht ablehnen.

Die Bundesregierung habe zwar vorhin erläutert, dass es eine ganze Reihe von derzeitigen Einzelprogrammen gebe, in denen dieses oder jenes längst stattfinde. Es sei aber immer wieder festzustellen, dass die Ministerien globale Minderausgaben erfüllen müssten, was sich eben auch auf nicht abgeforderte Programme niederschlage. Wenn man die Ausschreibungen lese habe man bisweilen den Eindruck, dass dies auch ein Ziel sei. Dies mag eine Unterstellung sein, weil eben viele Fragen einfach zu kompliziert seien, um zu erwarten, dass bei dem Umfang der Mittel die bereitgestellt werden könnten, sich alle Antragsberechtigten dazu entschließen könnten, einen

solchen Antrag zu stellen. Insofern sei es insbesondere nach den Diskussionen der letzten Monate, des letzten halben Jahres richtig, weitere Wissenslücken zu schließen und das Programm „atmend“ auszugestalten.

Zur Einbindung der Zivilgesellschaft sei zu sagen, dass das blumig in allen Programmlinien enthalten sei, dann aber manchmal bei genauerer Nachfrage festgestellt werden müsse, dass doch nur ein winziger Ausschnitt der Zivilgesellschaft betroffen sei und dass selbst hier im Bundestag die Voraussetzung einer breiteren Einbindung der Zivilgesellschaft nicht erfüllt werde. Deshalb unterstütze die Fraktion DIE LINKE. die Einbindung der Zivilgesellschaft prinzipiell, insbesondere auch mit Blick auf spätere Praxisanwendung der Lösungen. Die Fraktion stimme daher dem vorliegenden Antrag zu.

Letztlich gebe es zur AfD-Fraktion nur so viel zu sagen, dass der Vorwurf, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden mit dem vorliegenden Antrag Panik machen, schon deshalb fehl gehe, da es gerade die AfD sei, die mit Panik Politik mache.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, sie wolle sich auf die Frage konzentrieren, mit wie viel Mitteln man die Klimaforschung in Deutschland ausstatten sollte. Dieses Thema stelle einen hochinteressanten Widerspruch zwischen den Koalitionsfraktionen und dem Ministerium dar. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere mit dem Antrag jährlich 200 Millionen Euro mehr Förderung, 100 Millionen Euro für die Stärkung der Klimaforschung in Deutschland und 100 Millionen Euro für die Allianz der Meeresforschung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt, dass eine Allianz für Meeresforschung mittlerweile durch die Bundesregierung etabliert worden sei. Trotzdem habe die SPD-Fraktion geäußert, dass die Forderungen im Antrag zu viel seien und gar nicht abfließen könnten. Diese Aussage stelle einen eklatanten Widerspruch dazu dar, dass das BMBF vor einigen Wochen in einer Pressekonferenz eine Verdoppelung der Klimaforschungsmittel angekündigt und erklärt habe, die Klimaforschung mit 3 Milliarden Euro finanzieren zu wollen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstreicht, mehrmals nachgefragt zu haben, wie sich diese 3 Milliarden Euro zusammensetzten. Sie bittet das BMBF, eine entsprechende Auflistung zur Verfügung zu stellen, da es sich sonst um eine „Luftnummer“ handle. Offensichtlich sei das Ministerium deutlich ambitionierter als die SPD-Fraktion. Diese Widersprüche zwischen den Koalitionspartnern seien aufzuklären.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass es keine Widersprüche zwischen den Koalitionspartnern gebe.

Natürlich sei es das gute Recht der Opposition, gerade auch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Klimawandel immer wieder zu thematisieren und weitere, neue Programme zu fordern. Allerdings würden neue Programme nicht unbedingt weiterhelfen. Es sei wichtig, die bestehenden Programme anzupassen – so wie es bei FONA auch konstant geschehe – und den Programmen mehr Beachtung zu schenken. Die Fraktion der CDU/CSU gehe nicht davon aus, dass es Probleme in der wissenschaftlichen Erforschung gebe, sondern eher damit, die Erkenntnisse schneller umzusetzen. Auch hier sei man jetzt schon deutlich schneller geworden. Die Forschungsergebnisse würden nun auch in das Klimapaket deutlich mehr einfließen, sodass man das erreiche, was mit dem Antrag erzielt werden solle. Sie hält fest, dass neue Klimarahmenprogramme nicht für mehr Erkenntnis sorgten, sondern es darum gehen müsse, die Erkenntnis, die man bereits habe, umsetzen.

Die **Fraktion der AfD** erklärt zu der Forderung von zusätzlichen 100 Millionen Euro jährlich für die Klimaforschung im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die gewünschten Schwerpunktsetzungen im Bereich der Klimamodellierung, der Weiterentwicklung der Mess- und Beobachtungsinfrastrukturen und der Datenauswertung sowie neue interdisziplinäre Modellverbände auf Dauer sicherzustellen, sicherlich richtig seien. Dem stehe gegenüber, dass es inzwischen immer mehr wissenschaftliche Arbeiten gebe, die sich kritisch mit der Gestaltung von Klimamodellen auseinandersetzen. Die AfD-Fraktion stehe daher sehr kritisch diesen Klimamodellen gegenüber. Ein großer Teil der Wissenschaftler bemängle fehlende Risikobewertungen, fehlende Messfehlerberücksichtigungen und vieles mehr. Mit der Forderung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach mehr Forschung an Klimamodellen gehe implizit die Feststellung einher, dass dieses Thema noch nicht ausgerechelt sei, was auch immer wieder in den Medien erwähnt werde.

Des Weiteren enthalte der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Forderung nach Wissenstransfer im Bereich der Bildungsmaßnahmen. Bereits mit einem früheren Antrag habe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einführung einer Komponente für ökologische Nachhaltigkeit in die Lehrerbildung gefordert. Die AfD-Fraktion vertrete den Standpunkt, dass das Bildungssystem gerade die Aufgabe habe, junge Menschen zu selbstständig denkenden, mündigen Bürgern zu entwickeln, die wissenschaftliche Techniken und Kritikfähigkeit beherrschten und eigenständig zu einer Meinung gelangten. Wissenschaftliche Ergebnisse sollten nicht direkt

in das Bildungssystem gehen, sondern die Schüler sollten in der Lage sein, sich die Materie selber zu erarbeiten. Insofern sehe man diesen Punkt im Antrag ebenfalls kritisch.

Die **SPD-Fraktion** hebt hervor, dass sie die Verstärkung der Klimaforschung unterstütze und seit Jahren für Mittelaufwüchse kämpfe. Mit der Verlängerung des Paktes für Forschung und Innovation gingen jedes Jahr verlässlich 3 Prozent an das Alfred-Wegener-Institut (AWI), an das GEOMAR und andere Einrichtungen, was ebenfalls unter Klimaforschung zu subsumieren sei. Man werde sich weiterhin für mehr Geld für Klimaforschung einsetzen, aber pro Jahr bis zu 100 Millionen Euro zusätzlich würde bedeuten, in diesem Jahr 100 Millionen Euro und im kommenden Jahr weitere 100 Millionen Euro zusätzlich auszugeben. Insgesamt seien das 600 Millionen Euro innerhalb von 3 Jahren. Das sei überzogen.

Eine deutliche Etatsteigerung im Bereich der Investition werde ohnehin erfolgen müssen, wenn das Forschungsschiff Polarstern 2 gebaut werde. Auch das sei eine unverzichtbare Investition, die der Klimaforschung zugute komme.

Im Kern bestehe Übereinstimmung in den Zielen, aber die geforderten Maßnahmen und Summen halte die SPD-Fraktion für überzogen. Zu den von der Bundesregierung genannten Zahlen könne man sich nicht äußern, da es darauf ankäme, ob es um die Klimaforschung des BMBF oder um die gesamten Aufwendungen der Bundesregierung für Klimaforschung gehe.

Die SPD-Fraktion moniert, dass in dem Antrag Forschung, Anwendung und konkrete Maßnahmen durcheinander gebracht würden. Klimaforschung sei wichtig, aber angesichts der vorliegenden Erkenntnisse sei nun die Zeit eines stärkeren Handelns gekommen, als das in den letzten 20 Jahren erfolgt sei. Dass sich die Wissenschaft zu dem Klimapaket der Bundesregierung äußere, sei richtig, aber Politik sei das Eine und Wissenschaft das Andere.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN rufe man in Erinnerung, dass die gemeinsame Verabschiedung der Ökosteuer von 3 Cent pro Liter in den Jahren 1999 bis 2003 unter anderem dazu geführt habe, dass die anschließenden Wahlen verloren worden seien, weil dies in der Gesellschaft nicht etabliert gewesen sei. Als Wissenschaftler sei es leichter zu sagen, dass mehr getan werden müsse, aber die Politik trage letztlich die gesellschaftliche Verantwortung für den Erfolg der Umsetzung und dafür, die Menschen mitzunehmen.

Dem Klimawandel könne man nur effektiv begegnen, wenn man es schaffe, innerhalb der Gesellschaft möglichst viele mitzunehmen und Alternativen anzubieten. Die alleinige Diskussion über CO<sub>2</sub> sei nicht ausreichend. Vielmehr müssten z. B. dem Berufspendler Alternativen zum fünfzehn Jahre alten Diesel angeboten werden, damit dieser die Möglichkeit habe, weiter zu arbeiten.

Das Klimapaket sei ein Kompromiss zweier Koalitionspartner und zunächst nur ein Anfang. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssten so in die Gesellschaft implementiert werden, dass eine Chance auf Umsetzung bestehe. Insofern habe man mit dem Klimapaket einen großen Schritt gemacht.

Die **Bundesregierung** geht eingangs auf die Ausführungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Die genannten haushälterischen Zahlen könne die Bundesregierung so nicht bestätigen. Die Bundesministerin Karliczek habe sich für eine deutliche Verstärkung der Klimaforschungsmittel eingesetzt und dies auch öffentlich eingefordert. Dies sei ein ganz wichtiger Beitrag für die Diskussion innerhalb der Bundesregierung. Wenn man sich das Eckpunktepapier anschau, sehe man, dass dort mehrere Forschungsmaßnahmen vereinbart worden seien, die nun haushälterisch unterlegt werden müssten. Es werde sich zeigen, was in Umsetzung des Klimapaktes vom Bundesfinanzminister für diesen Bereich innerhalb der Ressortzusammenarbeit zur Verfügung gestellt werde.

Die Bundesregierung berichtet, dass die Bundesministerin Karliczek ständiger Gast im Klimakabinett sei. Es sei jedoch nicht die Rolle des BMBF, Einzelmaßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion unmittelbar durchzuführen, die dann überprüft werden müssten, wie das im Klimapaket vereinbart worden sei und wo gegebenenfalls nachgesteuert werden müsse. Vielmehr habe das BMBF im Gegensatz zu den anderen Ministerien die Aufgabe, neue Möglichkeiten durch Innovation und Forschung auf den Weg zu bringen.

Zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt die Bundesregierung, dieser springe mit der Forderung eines auf Klimaforschung begrenzten Forschungsprogramms zu kurz. Denn Klimaforschung ohne Energie und ohne Energieforschung ergebe keinen Sinn. Aus diesem Grund habe die Bundesregierung in der Vergangenheit – und so werde man dies auch in der Zukunft fortführen – einen anderen Ansatz verfolgt. Mit

FONA sei man sehr viel breiter an das Thema herangegangen. Dort seien unter anderem die Fragen der Klimaforschung, Nachhaltigkeitsforschung etc. abgebildet, orientiert an den UN-Nachhaltigkeitszielen, die man gemeinsam vereinbart habe.

Das BMBF habe mit Unterstützung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und des Deutschen Bundestages die Themen, die der Antrag adressiere, weitestgehend auf den Weg gebracht. Dies seien Fördermaßnahmen zum Klimawandel, zu Extremereignissen und zum Stadtklima. Es gebe die Fördermaßnahme „Stadtklima im Wandel“. Zu wichtigen Veränderungen werde man hier den regionalen Blick einnehmen. Zudem gebe es den Förderbereich „Klimaresilienz durch Handeln in Stadt und Region“. Dabei gehe es nicht nur darum, Veränderungsprozessen zu beobachten, sondern wie städtische oder regionale Entwicklung darauf reagieren könne. Die Bundesregierung nennt die Forschungsinfrastruktur IAGOS (In-Service Aircraft for a Global Observing System), die eine hochwertige Beobachtungen der Zusammensetzung der Atmosphäre im globalen Maßstab biete. Zudem gebe es die MOSAiC-Mission, die bereits genannt worden sei. Darüber hinaus führt die Bundesregierung die Klimakompetenzzentren WASCAL und SASSCAL an. Das ganze Thema der Ökonomie des Klimawandels werde adressiert. Die Bundesregierung fährt fort mit Nennung von „MARE:N – Küsten-, Meeres- und Polarforschung für Nachhaltigkeit“, klimabezogener Versorgungsforschung und der Deutsche Allianz für Meeresforschung – die keine Idee der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei, sondern aus einem breiten Diskussionsprozess vom BMBF mit den Beteiligten auf den Weg gebracht worden sei. Die Bundesregierung stellt dar, dass die Regierungskoalition sozialökologische Forschungen in den vergangenen Jahren in die Wege geleitete habe, die allen sehr wichtig gewesen seien. Darüber hinaus würden beispielsweise auch Gesundheitsgefahren adressiert. Sie erklärt, dass diese Aufzählung nicht abschließend sei und es noch weitere Projekte gebe.

Die Bundesregierung betont, dass man im Eckpunktepapier zum Klimaschutzprogramm 2030 sehr wichtige neue Maßnahmen adressiere. Deswegen benötige man in Abstimmung u. a. mit dem Finanzminister zusätzliche Mittel. Es solle eine große Forschungsinitiative zum Thema „grüner Wasserstoff“ geben. Die große Herausforderung sei es, technologische Lösungen zu finden, um den CO<sub>2</sub>-Verbrauch digitaler Technologien – Handys, iPads, Computer und vor allem Großcomputer – zu reduzieren. Dies betreffe den Bereich der Batterieforschung, Forschungsmaßnahmen sowie KMU-Innovativ, welches neuerdings das Thema Klimaschutz als eigenen Bereich adressiere, da man wisse, dass viele innovative Bereiche im KMU-Bereich erfolgten. Zudem gebe es eine Förderinitiative zur Vermeidung von Prozessemission in der Industrie. Gerade die Grundstoffindustrie, Stahl, Aluminium, Zement und Nicht-Eisenmetalle, aber auch chemische Grundstoffe hätten erhebliche CO<sub>2</sub>-bezogene Prozessemissionen. Diese müsse man zukünftig versuchen zu reduzieren oder langfristig sogar zu vermeiden. Auf diese wichtigen Themen, bei denen das BMBF federführend sein werde, habe sich die Bundesregierung verständigt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** nimmt Bezug auf die von der SPD-Fraktion angesprochene Position der Wissenschaft zum Klimaschutzpaket. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nennt hierzu einige Zitate: Scientists for Future: „zu wenig, zu langsam zu spät“; Professor Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK): „Dokument der Mutlosigkeit und Flickwerk“; Herr Latif: „Das ist fast ein Nullnummer.“; der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung: „Es müssen deutlich effektivere Maßnahmen ergriffen werden.“; die Präsidentin des Bundesumweltamtes: „Es ist keinerlei Lenkungswirkung zu erwarten.“. Deshalb sehe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Risiko, dass die Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt radikaler werden müssten, wenn es bei diesem Klimapakete bleibe. Denn das, was die große Koalition als großen Wurf begreife, sei nur ein kleiner Sprung. Die SPD-Fraktion habe angeführt, man müsse die Gesellschaft mitnehmen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt dieser Aussage zu und macht darauf aufmerksam, dass die Gesellschaft längst auf der Straße stehe. Zudem sei die Gesellschaft eine andere als im Jahr 1998. So wäre beispielsweise eine sozial-ökologische Steuerreform heute viel mehrheitsfähiger als im Jahr 1998. Deswegen sei es wichtig, dass die Klimaforschung weiter gestärkt werde und gleichzeitig „die Politik“ schneller dabei werde, die Ergebnisse der Klimaforschung in politische Maßnahmen umzusetzen. So könne wissenschaftsbasiert Politik gemacht und die Gesellschaft mitgenommen werden. Die Fraktion bittet die Bundesregierung erneut um eine Auflistung über die Zusammensetzung der angekündigten 3 Milliarden Euro für Klimaschutzforschungsmaßnahmen.

Die **SPD-Fraktion** erklärt, dass die Gesellschaft sicherlich weiter als 1998 sei und hebt die Rolle von Fridays for Future für das Umweltbewusstsein hervor. Es sei aber zu bedenken, dass nur ein Ausschnitt der Gesellschaft dahinter stehe.

Zwar gehöre es zu den Aufgaben der Wissenschaft, ihre Positionen vorzubringen und auch die Politik zu treiben. Dennoch bleibe es die Aufgabe der Politik, die 80 Prozent der Gesellschaft, die nicht mit Fridays for Future auf die Straße gingen, auch mitzunehmen.

Die 3 Cent pro Liter seien ein erster Schritt auf dem Weg einer stärkeren Verlagerung von fossilem zu erneuerbarem Strom. Die Wissenschaft habe hierbei die Aufgabe, auf Basis ihrer Daten und Überzeugung laut zu werden. In Teilen stimme die SPD-Fraktion dem Antrag zu, das Politikgeschäft sei jedoch immer noch ein zu breites, als dass man nur auf die Wissenschaft hören könne.

Berlin, den 25. September 2019

**Sybille Benning**  
Berichterstatterin

**René Röspel**  
Berichterstatter

**Dr. Götz Frömming**  
Berichterstatter

**Mario Brandenburg (Südpfalz)**  
Berichterstatter

**Dr. Petra Sitte**  
Berichterstatterin

**Kai Gehring**  
Berichterstatter





